

# Haushaltsrede 2018 der CDU Ratsfraktion Detmold

## Sperrfrist bis 13.12.2017 17:00 Uhr

**(Es gilt das gesprochene Wort!)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Heller,  
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,  
der Verwaltung und der Bürgerschaft,

für die guten Zahlen des Haushaltsentwurfes 2018 ist neben der Verwaltung auch die Politik verantwortlich; und zwar in der Form, dass die Etatberatungen der Fraktionen diszipliniert waren. Unterm Strich stehen 251.000,- € als positives Ergebnis.

Allerdings muss man bei realistischer Betrachtung einräumen, dass durch folgende Einnahmen das positive Ergebnis zustande gekommen ist:

- Die Gewerbesteuer verzeichnet jetzt schon für 2017 mit ca. 5 Mio. € ein deutliches Plus und die Aussichten für 2018 sind ebenfalls ausgezeichnet. Hr. Hilker plant dennoch einen moderaten Wert von 43,4 Mio. € ein. Diese Maßnahme finden wir sehr gut und unterstützen sie.
- Aufgrund der gestiegenen Steuereinnahmen im Land und Bund erhöhen sich entgegen der ersten Planung auch die Schlüsselzuweisungen um 3,5 Mio. €. Allerdings ist dieser Wert auch dem Umstand geschuldet, dass unsere Steuerkraft im Landesdurchschnitt nur halb so stark gestiegen ist.
- Das „Kommunalinvestitionsförderungsgesetz“ bringt der Stadt rund 3,5 Mio. € in den nächsten fünf Jahren für dringend notwendige Renovierungsarbeiten an unseren Schulen - zusätzlich zu den jährlichen 1,4 Mio. € durch das Landesprogramm „Gute Schule 2020“.
- Neben den erhöhten Erträgen kommen uns die immer noch historisch niedrigen Zinsen gelegen, um dieses positive Ergebnis zu erreichen.

So ist es nicht so sehr die Einnahmeseite unseres Haushalts, die uns Kopfzerbrechen bereitet, sondern die Ausgabenseite. Erhöhte Aufwendungen haben wir

- bei der Kreisumlage mit rund 1,0 Mio. €,
- bei dem Verlustausgleich der DetCon mit rund 1,7 Mio. € und
- bei der Krankenhausinvestitionsrücklage von 492.000,- €,

um nur einige zu nennen.

Letztendlich schlagen dann noch im investiven Bereich folgende Positionen belastend zu Buche:

- Kauf und Umbau des Bundeswehrfacharztzentrums
- Kauf des ehemaligen C&A Gebäudes
- Kauf diverser Cluster in der sogenannten „Britensiedlung“
- Bau von bezahlbarem Wohnraum an der Felix-Fechenbach-Str.

Bei allen Ankäufen werden wir in den kommenden Jahren Folgekosten haben, die wir bedenken müssen. Unterm Strich trübt die Schuldenentwicklung den Ausblick auf die kommenden Jahre. Es gilt hier, sobald wie möglich Schulden abzubauen. Die Kreditaufnahme für Investitionen liegt bei 23,1 Mio. €. Der Gesamtbetrag der Liquiditätskredite liegt bei 18,3 Mio. € und wird erst in den Jahren 2018 und 2019 schrittweise abgebaut werden. Somit kann von einer echten Entwarnung keine Rede sein. Allerdings: Die ersten Schritte zum Schuldenabbau sind von Hr. Hilker und der Kämmerei eingeleitet worden: Altkredite wurden mit den aktuell sehr niedrigen Zinsen verlängert und gleichzeitig mit einer hohen Tilgung ausgestattet. Das findet unseren Zuspruch, und wir unterstützen dies uneingeschränkt.

Mit dieser sachlichen Beurteilung ist zugleich auch ein klares Signal an uns, die Politik, an die Verwaltung, aber auch an die Bürgerschaft formuliert: Es gibt jetzt, und absehbar in den nächsten Jahren, keine Spielräume für überspannte Erwartungen an ein „Mehr“ in der städtischen Ausgabenpolitik für Wunschlisten, Leuchtturm-Projekte und Leistungsausweitungen. Allein der Erhalt bzw. das Erreichen des Status Quo ist in vielen Bereichen unseres Handelns und unserer Angebote bereits Herausforderung genug und seit Jahren fremdfinanziert.

Wir schaffen es allerdings, durchaus eigenständig zu handeln und zu investieren, unsere Stadt weiterzuentwickeln und zu gestalten, und nicht nur zu verwalten. Das Spektrum an Freizeit-, Sport- und Kulturangeboten bleibt auf hohem Niveau, wird sogar modernisiert und stellenweise ausgebaut – und das alles ohne Steuererhöhungen! Die Haushaltsplanberatungen waren geprägt von einem Miteinander. Natürlich wurden aufgrund der „besseren“ Kassenlage diverse Wünsche formuliert. Es sind aber eben nicht „Wünsch Dir Was“-Projekte, sondern aus unserer Sicht wichtige Anträge, die uns weiterbringen.

Insgesamt konnten wir uns, meist mit großer Mehrheit, in der letzten „HFA Sitzung“ auf einige Eckpunkte einigen. Ich nenne die für uns besonders wichtig sind:

### **Die Bekämpfung von Kinderarmut**

Der Zwischenbericht über das Förderprogramm des Landes NRW „NRW hält zusammen ...“, zeigt sehr deutlich, dass passgenaue Angebote zur Armutsbekämpfung im Stadtgebiet erforderlich sind. Deshalb beantragten wir 200.000,- € in den Haushalt einzustellen, um nachhaltige Projekte zu entwickeln und auch 2018 mit der Umsetzung schon zu beginnen.

Kinderarmut gilt in Deutschland seit Jahrzehnten als ernstzunehmendes Problem. Obwohl hierzulande mehr als zwei Millionen Kinder von Armut betroffen sind, ist es bisher kaum gelungen, die Kinderarmut spürbar zu reduzieren. Das größte Risiko tragen übrigens Alleinerziehende, Haushalte mit Migrationshintergrund und mit Langzeitarbeitslosigkeit, aber auch Haushalte mit mehr als drei Kindern. Für mehr als die Hälfte der betroffenen Kinder ist Armut darüber hinaus

ein Dauerzustand, der mehr als drei Jahre anhält. Es ist eine gemeinsame Kraftanstrengung, um wirksame Konzepte auf den Weg zu bringen.

Auch der Bericht des Deutschen Kinderhilfswerkes zeigt, dass eine sehr große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland großen Handlungsbedarf bei Flüchtlingen sieht. Es müssen ausreichende Angebote für die Sprachförderung zur Verfügung gestellt werden. Ferner bedarf es dem auskömmlichen Zugang in Kitas und Schulen. Das gilt auch für die kindgerechte und sichere Unterbringung von Flüchtlingskindern mit ihren Familien in Wohnquartieren, welche Kontakte zu einheimischen Familien ermöglichen. Auch beim kostenfreien Zugang zu Freizeitaktivitäten, beispielsweise Sportvereinen, wird der Bedarf gesehen.

### **Die Verbesserung der Schul- und Sportstätteninfrastruktur**

3,5 Mio. € aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz ist ein Bundes-Paket. Diese Summe erhalten wir neben dem Kredit der NRW Bank „Gute Schule 2020“. Damit steht eine ordentliche Summe für die Sanierung, die Modernisierung und den Ausbau der Schulinfrastruktur zur Verfügung. Wir wollen das Geld in die Toilettenanlagen der Schulen investieren. Ferner sieht das verabschiedete Sportstättenprogramm noch die Sanierung der „grünen Halle“ und den Bau eines Sporthauses am Schulzentrum Mitte vor.

### **Die Mobilität**

Von unserer Seite beantragen wir sogenannte Mobilitätspunkte. Diese Punkte sollen Berücksichtigung bei den Planungen zum Parkhaus „Lustgarten“ und bei dem Parkplatz am Vogelpark finden; aber auch weitere Plätze, die im Zusammenhang mit Wandern, Radfahren und Freizeitgestaltung stehen. Besonders sollen aber auch die im Detmolder Süden bestehenden Infrastrukturen unter diesem Titel weiterentwickelt werden.

### **Der Abbau von Verbindlichkeiten**

Die mittelfristigen Planungen für die kommenden Haushaltsjahre sind positiv. Wir sollten bei der guten Wirtschaftslage und den nach wie vor historisch niedrigen Zinsen, die uns bei den Investition- und Kassenkrediten in die Karten spielen, dennoch daran denken, dass dieses nicht unbedingt immer so weitergehen wird. Wir erinnern da an die Jahre, in denen die Ausgleichsrücklage bereits aufgebraucht war und die Haushaltssicherung zumindest in Sichtweite kam. Aus dieser Erfahrung erachten wir es für wichtig, Schulden abzubauen und die Ausgleichsrücklage zu füllen. Für die freie Spitze von 20 % schwebt uns vor, wirkungsorientierte Projekte ins Leben zu rufen.

### **Die bedarfsgerechte Überplanung von Wohnquartieren**

Wir kritisieren nach wie vor die Verkaufspolitik der „BlmA“. Bei dem Verkauf dieser Flächen und Gebäude nur auf Maximalerlöse zu setzen, treibt nicht nur die Preise für bezahlbaren Wohnraum nach oben, sondern verhindert, dass wir als Stadt Einfluss nehmen können auf die Entfaltung des Quartiers. Hier muss das Gemeinwohl auf jeden Fall vorgehen. Die Verkaufspreise müssen bezahlbar bleiben. Die Gebäude im Bereich der Adenauerstraße stellen uns vor ein große Aufgabe; und zwar, wenn sogenannte Investoren in „sozialen Wohnungsbau“ investieren, aber letztendlich nur auf eine größtmögliche Rendite schielen.

Die Mitbürger in diesem Wohnquartier erwarten von der Detmolder Politik und der Verwaltung Lösungen. Leerstand ist ein genau so großes Problem wie nicht renovierter Wohnraum. Wir

müssen alles möglich machen, um diesen Bereich sozialverträglich weiterzuentwickeln – aber eben nicht um jeden Preis. Deshalb halten wir es für wichtig, mit den Instrumenten, die uns zur Verfügung stehen - zum Beispiel über das Bauleitverfahren - das Quartier vernünftig zu entwickeln.

### **Die Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bürger - Sicherheit auf Straßen und Plätzen**

Eine der wichtigsten und für die Bürger bedeutsamsten staatlichen Aufgaben ist die Gewährleistung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Das objektive und subjektive Sicherheitsgefühl wird durch sichtbare Präsenz gestärkt. Dennoch gibt es Plätze und Wege, die zu sogenannten Angsträumen gehören. Aus diesen Gründen beantragten wir die Prüfung der Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen und Wegen.

Dabei geht es um einen Prüfauftrag in enger Zusammenarbeit mit der Kreispolizeibehörde. Es geht um die polizeiliche Videoüberwachung. Es geht darum, an welchen Plätzen und an welchen Gebäuden das möglich ist, und ob es dort überhaupt erforderlich ist. Im Koalitionspapier der Landesregierung steht, dass zur Bekämpfung der Straßenkriminalität die polizeiliche Videoüberwachung künftig auch an Orten zulässig ist, an denen tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass dort Straftaten von erheblicher Bedeutung verabredet, vorbereitet oder begangen werden. Dies allerdings nur unter der Voraussetzung, dass diese Orte öffentlich zugänglich sind und die Polizei unverzüglich eingreifen kann. Eine flächendeckende Überwachung findet nicht statt. Zur Wahrung von Bürgerrechten werden zugleich die Datenschutz- und Informationsfreiheitsrechte in Nordrhein-Westfalen gestärkt.

Im März dieses Jahres hat der Bundestag die Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum zugestimmt. Bisher waren Klagen gegen Videoüberwachung oft erfolgreich, weil die Datenschutzbehörden die Grundrechte der Bürger gefährdet sahen. Das Gesetz schreibt nun vor, dass die Behörden bei einer Abwägung die Sicherheitsbelange der Bevölkerung stärker berücksichtigen müssen. Der Schutz von Leben und Gesundheit könnte in Zeiten von Terrorgefahr stärker zählen, als das Recht auf Selbstbestimmung.

Die CDU stimmt der Haushaltssatzung zu. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Zum Schluss meiner Ausführungen gilt der Dank unserer Verwaltung für die Arbeit des zu Ende gehenden Jahres, die unsere Arbeit auch in diesem Jahr wieder in gewohnt guter Qualität unterstützt hat.

Detmold, 13.12.2017

Jörg Thelaner

Fraktionsvorsitzender